

RUMÄNIEN IM JAHR DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL. STAATSPRÄSIDENT BĂSESCU SIEGT KNAPP, ABER AN ALLEN FRONTEN

Holger Dix



Holger Dix ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rumänien.

Die rumänischen Präsidentschaftswahlen vom 22. November und 6. Dezember 2009 erbrachten ein äußerst knappes Ergebnis. Staatspräsident Traian Băsescu gewann die Stichwahl mit 50,3 Prozent vor seinem Herausforderer Mircea Geoana mit 49,7 Prozent. In absoluten Zahlen erhielt Băsescu bei einer Wahlbeteiligung von 10,6 Millionen Wählern ca. 70.000 Stimmen mehr als sein Gegenkandidat. Das Wahlergebnis konnte nach einer Klage des unterlegenen sozialdemokratischen Kandidaten vor dem Verfassungsgericht erst nach einer Überprüfung der als ungültig gewerteten Stimmen bestätigt werden. Staatspräsident Băsescu wird damit als erster Präsident nach der Revolution im Jahr 1989 ein konsekutives und nach der Verfassung letztmögliches Mandat antreten.

SEMIPRÄSIDIALE DEMOKRATIE MIT SCHWÄCHEN IN THEORIE UND PRAXIS

Rund 20 Jahre nach dem Ende der rumänischen Diktatur haben die Präsidentschaftswahlen das Licht auf einen politischen Transformationsprozess geworfen, der offenbar noch nicht abgeschlossen ist, in dem weiter zahlreiche grundlegende Fragen der demokratischen Regierungsführung unzureichend geklärt sind und es weiterhin Unsicherheiten im Umgang mit der Demokratie und insbesondere der Auslegung der Verfassung gibt. Rumäniens Politik war in den vergange-

nen Jahren durch permanente, sich auch aus der Verfassung ergebende politische Spannungen und Konflikte gekennzeichnet. Dazu zählten eine schwierige Kohabitation von Staatspräsident und Premierminister, häufige Interventionen und Anrufungen des Verfassungsgerichts, ständige Diskussionen um das Wahlsystem und dessen Änderung und nicht zuletzt sogar ein gescheitertes Verfahren zur Amtsenthebung des Staatspräsidenten im Jahr 2007. Das politische Führungspersonal des Landes schien im Jahr 2009 kaum noch Zeit und Energie für die Politikgestaltung zu haben und konzentrierte sich weitgehend auf den Machtkampf. Der schwierigen Regierungsbildung zu Beginn des Jahres nach den Parlamentswahlen Ende 2008 folgten die Wahlen zum Europäischen Parlament, eine früh beginnende Krise der großen Koalition, der Bruch derselben, ein erfolgreiches Misstrauensvotum gegen die Regierung Boc, eine gescheiterte Regierungsbildung, Präsidentschaftswahlen und schließlich die Bildung einer neuen Regierung am 23. Dezember 2009.

Die Präsidentschaftswahl bildete dabei den Höhepunkt des politischen Jahres und bestimmte früh die politische Strategie und Taktik. Rumäniens Verfassung sieht ein semipräsidiales Regierungssystem mit einem direkt gewählten Staatspräsidenten vor. Nach Artikel 80 der Verfassung repräsentiert der rumänische Staatspräsident den Staat und ist Garant der nationalen Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität des Landes.

Die Präsidentschaftswahl bildete dabei den Höhepunkt des politischen Jahres und bestimmte früh die politische Strategie und Taktik. Rumäniens Verfassung sieht ein semipräsidiales Regierungssystem mit einem direkt gewählten Staatspräsidenten vor. Nach Artikel 80 der Verfassung repräsentiert der rumänische Staatspräsident den Staat und ist Garant der nationalen Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität des Landes. Er wacht über die Respektierung der Verfassung und das gute Funktionieren der staatlichen Autoritäten. Er übt eine Vermittlerfunktion zwischen den staatlichen Gewalten sowie dem Staat und der Gesellschaft aus.

Nach Artikel 87 kann der Staatspräsident an Kabinettsitzungen teilnehmen, wenn dort Angelegenheiten von nationalem Interesse in den Bereichen Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung besprochen werden oder wenn der Staatspräsident vom Premierminister in die Kabinettsitzung eingeladen wird. In Fall seiner Teilnahme leitet der Staatspräsident die Sitzung. Über diese Aufgaben hinaus unterzeichnet er internationale Verträge im Namen Rumäniens (Artikel 91) und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte sowie Präsident des Nationalen Verteidigungsrates (Artikel 82).

Seine machtpolitische Kraft schöpft das Amt vor allem aus Artikel 85, wonach der Präsident einen Premierminister mit der Regierungsbildung beauftragen und nach Zustimmung des Parlaments zum Premierminister ernennen kann. Vor der Beauftragung eines Premierministers mit der Regierungsbildung soll sich der Präsident mit der Partei beraten, die über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügt. Gibt es eine solche nicht, soll er sich mit den im Parlament vertretenen Parteien beraten (Artikel 103). Bindend sind diese Beratungen für den Präsidenten nicht. Er kann sowohl einen Vertreter der Parlamentsmehrheit mit der Regierungsbildung beauftragen als auch einen Vertreter einer Minderheit, der sich dann in Verhandlungen mit den politischen Gruppierungen im Parlament eine Mehrheit schaffen muss.

Der rumänische Staatspräsident wird für ein Mandat von fünf Jahren direkt gewählt und verfügt damit über eine äußerst starke demokratische Legitimierung.

Băsescu hat sein erstes Mandat immer als ein agierender Präsident verstanden, der selbst aktiv in politische Diskussionen und Entscheidungen eingreift und sich keineswegs auf die Rolle des Vermittlers beschränkt. Wichtige Initiativen ergriff der Präsident bei der öffentlichen Verurteilung des rumänischen Kommunismus im Dezember 2006 vor dem rumänischen Parlament. Băsescu setzte sich während seines gesamten Mandates für die Aufarbeitung dieser Vergangenheit ein und schuf sich damit zahlreiche Feinde in Politik, Wirtschaft und Medien, in denen noch immer Netzwerker des alten Regimes aktiv sind. Einen weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit bildete die Bekämpfung der Korruption. Die Einrichtung einer Antikorruptionsbehörde (DNA) und die Schaffung einer Agentur zur Integritätsprüfung (ANI) wurden von ihm unterstützt. Spätestens seit dem gescheiterten Amtsenthebungsverfahren gegen ihn im Jahr 2007 galt seine weitere Aufmerksamkeit der Verfassungsreform und dem Kampf gegen die von ihm als Oligarchen benannten politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen. Bedingt durch diese Initiativen und sein Amtsverständnis gewann der Staatspräsident in der realen Politik erheblich an Gewicht. Getragen von einer hohen Zustimmung – er hatte das Referendum zur Amtsenthebung mit 75 Prozent für sich entschie-

Băsescu hat sein erstes Mandat immer als ein agierender Präsident verstanden, der selbst aktiv in politische Diskussionen und Entscheidungen eingreift und sich keineswegs auf die Rolle des Vermittlers beschränkt. Wichtige Initiativen ergriff der Präsident bei der öffentlichen Verurteilung des rumänischen Kommunismus im Dezember 2006 vor dem rumänischen Parlament. Băsescu setzte sich während seines gesamten Mandates für die Aufarbeitung dieser Vergangenheit ein und schuf sich damit zahlreiche Feinde in Politik, Wirtschaft und Medien, in denen noch immer Netzwerker des alten Regimes aktiv sind.

den – eröffnete er aber offenbar zu viele Fronten gleichzeitig und isolierte sich und die ihn unterstützende Demokratisch-Liberale Partei zunehmend.

Erschwert wurde das Mandat durch eine politische Dauerkrise seit dem EU-Beitritt des Landes im Januar 2007, die zu wechselnden politischen Mehrheiten und Regierungsumbildungen führte. Bereits kurz nach dem Beitritt zur EU am 1.1.2007 zerbrach die damals regierende Koalition aus Demokratischer Partei (PD), Nationalliberaler Partei und Ungarnverband (UDMR). Der liberale Premierminister Tariceanu (PNL) entließ die PD-Minister aus der Regierung und führte die Regierung anschließend mit dem Ungarnverband, ohne eine Mehrheit im Parlament zu besitzen. Die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion im Parlament tolerierten diese Regierung, wollten aber selbst keine Regierungsverantwortung übernehmen. Die Parlamentswahlen des Jahres 2008 führten dann zu neuen Mehrheiten. Die PD-L (inzwischen aus einer Fusion von PD und Liberaldemokraten PLD entstanden) wurde stärkste Kraft und ging – nach einer Verweigerung der Nationalliberalen – eine große Regierungskoalition mit der zweitstärksten Fraktion der Sozialdemokraten ein. Diese Regierungskoalition war von Beginn an konfliktträchtig. Die Sozialdemokraten regierten mit, verhielten sich im Parlament aber eher wie eine Oppositionspartei. Die Regierung unter Premierminister Boc umging den Widerstand im Parlament gegen einige Gesetzesvorhaben durch Dringlichkeitserlasse und Vertrauensfragen und begab sich dadurch in den Grenzbereich demokratischer Regierungsführung.

Spätestens seit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2009 wurde auch der Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen eingeläutet. Băsescus Tochter Elena, Generalsekretärin der PD-L-Jugendorganisation (OTPD-L), beabsichtigte eine Kandidatur auf der Liste der PD-L. Die zwar nicht zuletzt als Präsidententochter und Model sehr bekannte, aber politisch noch unerfahrene Tochter des Staatspräsidenten stieß aber auf Widerstand in der Partei – und in der immer noch vom Ceausescus Nepotismus traumatisierten Bevölkerung. Staatspräsident Băsescu wurde mit dem Vorwurf konfrontiert, die politische Karriere seiner Tochter forcieren zu wollen. Es gelang ihm nicht, diesen Vorwurf in der Öffentlichkeit wirksam zu entkräften. Allerdings kandidierte Elena Băsescu (EBA) schließlich als unabhängige Kandidatin und

wurde ins Europäische Parlament gewählt. Dabei wurde sie auch von Parteifreunden wie der Ministerin für Jugend und Sport und Vorsitzenden der OTPD-L, Monica Jacob-Ridzi, unterstützt. Es entstand der von den politischen Gegnern und Teilen der Medien vorgetragene Verdacht, die PD-L-Ministerin hätte anlässlich des vom Ministerium durchgeführten Tages der Jugend ihrer Freundin eine Plattform für ihre Wahlkampagne geschaffen. Einmal im Fadenkreuz ihrer politischen Gegner, wurde die Vergabe der Aufträge für die Durchführung der Veranstaltungen anlässlich des Jugendtages durch das Ministerium geprüft und wurden Unregelmäßigkeiten entdeckt. Ministerin Ridzi musste nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss von ihrer Funktion zurücktreten. Der Vorwurf der Vetternwirtschaft und die Einleitung eines Justizverfahrens gegen Monica Jacob-Ridzi belasteten die Präsidentschaftskandidatur Băsescus von Beginn an.

Die wachsenden Spannungen zwischen Demokraten und Sozialdemokraten führten am 1. Oktober und damit zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen zum Austritt der PSD aus der Regierung. Der Demission der PSD-Minister war die Entlassung des stellvertretenden Premierministers und Innenministers Dan Nica durch Staatspräsident Traian Băsescu am selben Tag vorausgegangen. Nicas Entlassung war von Premierminister Emil Boc am 28. September vorgeschlagen worden, nachdem der Innenminister in den Tagen davor öffentlich Vermutungen über einen geplanten Wahlbetrug „anderer Parteien“ anlässlich der für November geplanten Präsidentschaftswahlen geäußert hatte. Nica behauptete, für den Wahltermin seien im ganzen Land bereits sämtliche Personenbusse angemietet worden, um Wählern eine mehrfache Stimmabgabe an unterschiedlichen Orten zu ermöglichen. Nachdem der Innenminister auf Anfrage des Premierministers keine Beweise für diese Behauptung liefern konnte, entschloss sich Boc zur Entlassung des Ministers aus dem Kabinett. Nica wurde vorgeworfen, durch seine Äußerungen das Vertrauen der Wähler in freie und faire Wahlen geschwächt zu haben. Innenminister Nica war aber bereits vorher unter Kritik geraten, nachdem Marian Vanghelie, ein führendes Mitglied der Sozialdemokraten, im Sommer erklärt hatte, er hätte über das Innenministerium Zugriff auf sicherheitsrelevante Daten des Geheimdienstes. Die Frage des Zugangs zu den Daten der Informationsdiens-

Die wachsenden Spannungen zwischen Demokraten und Sozialdemokraten führten am 1. Oktober und damit zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen zum Austritt der PSD aus der Regierung.

te war von Beginn an ein kritisches Thema innerhalb der Sozialdemokraten und der in der Partei bestehenden Interessengruppen und Netzwerke. Auch aus diesem Grund waren zu Beginn der Koalition zwei Neubesetzungen im Ministerium vorgenommen worden. Nica war damit bereits der dritte sozialdemokratische Innenminister seit Beginn der Regierungskoalition.

Das von Premier Boc an die PSD gerichtete Angebot, innerhalb von 24 Stunden einen Kandidaten für die Nachfolge Nicas zu präsentieren, ließen die Sozialdemokraten verstreichen. Auch ein von Präsident Băsescu eingeleiteter Vermittlungsversuch wurde abgelehnt. Am 30. September kündigten die Sozialdemokraten an, „30 Minuten nach der Unterzeichnung der Entlassungsurkunde durch den Staatspräsidenten aus der Regierung auszuscheiden“, was am 1. Oktober tatsächlich umgesetzt wurde. Die insgesamt neun Minister zogen sich aus der Regierung zurück. Die frei gewordenen Ministerien wurden von anderen Ministern übergangsweise zusätzlich übernommen.

Am 13. Oktober wurde von der Nationalliberalen Partei und dem Ungarnverband erfolgreich ein Misstrauensvotum gegen die Regierung Boc eingebracht. Da nach der rumänischen Verfassung vorgezogene Neuwahlen nicht weniger als sechs Monate vor den kommenden Präsidentschaftswahlen stattfinden können, blieb die PD-L-Regierung geschäftsführend mit eingeschränkten Befugnissen weiter im Amt.

Am 13. Oktober wurde von der Nationalliberalen Partei und dem Ungarnverband erfolgreich ein Misstrauensvotum gegen die Regierung Boc eingebracht. Da nach der rumänischen Verfassung vorgezogene Neuwahlen nicht weniger als sechs Monate vor den kommenden Präsidentschaftswahlen stattfinden können, blieb die PD-L-Regierung geschäftsführend mit eingeschränkten Befugnissen weiter im Amt. Die Opposition hatte damit die Handlungsfähigkeit der

Regierung zu einem Zeitpunkt geschwächt, an dem eine verhandlungsstarke Regierung ein klares Signal der Regierungsfähigkeit an den Internationalen Währungsfonds hätte setzen müssen, um den Abfluss der vertraglich vereinbarten Kredittranchen zu gewährleisten. Tatsächlich trat eine Verzögerung der Auszahlung aufgrund der politischen Unsicherheit im Lande und des Mangels an Gesprächspartnern für den IWF ein. Im Vorfeld der Wahlen wurden staatliche Bedienstete in unbezahlten Zwangslaub geschickt, Krankenhäusern gingen die Betriebsmittel aus, die Auszahlung der Renten wurde ungewiss. Die Opposition hatte damit vielfache Angriffsmöglichkeiten für den Präsidentschaftswahlkampf.

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN MITTEN IN DER REGIERUNGSKRISE

Der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei (PNL) und der Präsidentschaftskandidat Crin Antonescu schlügen nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum den deutschstämmigen Bürgermeister Hermannstadt, Klaus Johannis, als neuen Premierminister vor. Dieser Vorschlag wurde von Sozialdemokraten und dem Ungarnverband unterstützt und verfügte damit über eine theoretische Mehrheit im Parlament. Für Staatspräsident Băsescu ergab sich ein – von der Opposition intendiertes – Dilemma: Die Beauftragung des von einem Mitbewerber um das Präsidentenamt vorgeschlagenen Kandidaten mit der Regierungsbildung wäre als Erfolg für Crin Antonescu bewertet worden und hätte dessen Wahlkampf unterstützt. Die Beauftragung eines Kandidaten der PD-L – immerhin stärkste Fraktion im Parlament – trug ebenfalls ein großes politisches Risiko mitten im Wahlkampf, nämlich das des Scheiterns des von ihm benannten Regierungschefs im Parlament.

Băsescu ignorierte in seiner Wahl des Regierungschefs die Mehrheitssituation im Parlament, schöpfte seinerseits die ihm durch die Verfassung gegebenen Rechte aus und beauftragte den parteilosen Finanzexperten Lucian Croitoru mit der Regierungsbildung. Als Berater des Gouverneurs der Nationalbank verknüpfte man mit seiner Ernennung ein gesteigertes Vertrauen in die Überwindung der Finanzkrise. Da auch die Opposition die Regierungskrise über die Ernennung eines parteilosen Kandidaten lösen wollte, wäre diese bei Ablehnung Croitorus zumindest in Rechtfertigungzwang gekommen. Die teilweise auch aus Deutschland vorgetragene Kritik an der Ignorierung des von der Opposition vorgeschlagenen Kandidaten übersah, dass Rumänien nicht als parlamentarisches, sondern semipräsidiales Regierungssystem angelegt ist. Die Beauftragung eines Premierministers, der sich im Parlament eine Mehrheit schaffen muss, ist ein verfassungskonformes Verfahren. Zudem sind die Bindungen der Abgeordneten an ihre politischen Parteien und die Fraktionsdisziplin in Rumänien nicht derart stark, dass eine Bestätigung Croitorus im Parlament von vorneherein ausgeschlossen war.

Genährt wurde diese Entscheidung neben der faktischen Angehörigkeit des Staatspräsidenten zur regierenden PD-L (nach der Verfassung darf der amtierende Präsident keiner

Partei angehörten) wohl auch vom tiefen Zerwürfnis zwischen Präsident und Parlament seit dem Amtsenthebungsverfahren aus dem Jahr 2007. Damals hatte das Parlament den Staatspräsidenten mit der Begründung vom Amt suspendiert, er würde gegen die Verfassung verstößen. Das Verfassungsgericht hatte diesen Vorwurf in einer Stellungnahme im Vorfeld der Suspendierung entkräftet. In einem anschließend durchgeführten Referendum zur Amtsenthebung erhielt Băsescu die Zustimmung von 75 Prozent der Bevölkerung und verblieb somit im Amt. Keiner der Initiatoren der Suspendierung hatte damals die politische Verantwortung für diese Niederlage übernommen. Das Parlament hatte zudem über lange Zeit die gerichtliche Verfolgung von Abgeordneten blockiert, die der Korruption beschuldigt wurden. Diese verschleppte Verfolgung hochrangiger Korruptionsfälle – unter anderem Gegenstand mehrerer EU-Monitoring-Berichte – hat Rumänien und seinem internationalen Ruf erheblich geschadet.

Der Glaubwürdigkeit des rumänischen Parlaments als Fahenträger demokratischer Tugenden war all dies nicht zuträglich: In den Umfragen des Eurobarometers über das Vertrauen in die Institutionen gaben 2008 nur 19 Prozent der befragten Rumänen an, Vertrauen in das Parlament zu haben (Eurobarometer 70, Frühjahr 2008).

Der Glaubwürdigkeit des rumänischen Parlaments als Fahenträger demokratischer Tugenden war all dies nicht zuträglich: In den Umfragen des Eurobarometers über das Vertrauen in die Institutionen gaben 2008 nur 19 Prozent der befragten Rumänen an, Vertrauen in das Parlament zu haben (Eurobarometer 70, Frühjahr 2008). Băsescus Kritik an der „politischen Klasse“ mündete in der Initiierung eines Referendums zur Reduzierung der Zahl der Abgeordneten und der Einführung eines Einkammersystems, welches das jetzige Parlament aus Abgeordnetenhaus und Senat ablösen sollte.

Dieses Referendum sollte zeitgleich mit der ersten Runde zur Präsidentschaftswahl stattfinden. Während die Bevölkerung für dieses Anliegen sehr offen war – und Băsescu deshalb von seinen Gegnern Populismus und Wahltaktik vorgeworfen wurden – verhärtete diese Initiative die Beziehungen des Staatspräsidenten zum Parlament zusätzlich. Zwei bekannte Nichtregierungsorganisationen klagten zudem gegen dieses Referendum vor dem Berufungsgericht Bukarest, wurden aber abgewiesen.

Croitorus Ernennung zum Premierminister wurde jedoch vom Parlament abgelehnt, es fehlten insgesamt 61 Stimmen. Damit hatten bereits einige, aber nicht ausreichend viele Abgeordnete der Opposition Croitoru unterstützt. Băsescu beauftragte anschließend den PD-L Bürgermeister eines Stadtsek-

tors von Bukarest, Liviu Negoita, mit der Regierungsbildung. Dieser Vorschlag kam dann vor den Präsidentschaftswahlen nicht mehr zur Abstimmung im Parlament. Die Regierungs-krise wurde damit zum zentralen Gegenstand der Endphase des Wahlkampfs.

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IM ERSTEN DURCHGANG OHNE ENTSCHEIDUNG

Zur Präsidentschaftswahl traten insgesamt zwölf Kandidaten an, von denen sechs Aussichten auf nennenswerte Ergebnis-se haben konnten:

1. Traian Băsescu, 58 Jahre alt, unabhängiger Kandidat mit Unterstützung des EVP-Mitglieds PD-L. Etappen seiner be-ruflischen und politischen Karriere waren Schiffskapitän, Staatssekretär im Transportministerium, Transportminis-ter, Vorsitzender der Demokratischen Partei, Abgeordne-ter, Bürgermeister von Bukarest und seit 2004 Staatsprä-sident. Băsescu kann aufgrund seines Mandates nicht Mit-glied einer Partei sein, wirkt aber stark auf die politischen Entscheidungen der PD-L ein.
2. Mircea Geoana, 51 Jahre alt, seit 2005 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei PSD. Geoana ist Sohn des un-ter Ceausescu mit der Zivilverteidigung beauftragten Ge-nerals Ioan Geoana, studierte u.a. an der ENA in Paris und an der Harvard Business School und begann im Jahr 1991 eine diplomatische Karriere, die ihn über das Amt des Europadirektors, Generaldirektors, Botschafters in den USA (1996–2000), Außenministers (2000–2004) zum Se-nator (2004–2008) und zu seiner jetzigen Funktion als Se-natspräsident führte. Er gilt als die politische Führungs-person der PSD, die die Partei reformieren und zu einer modernen Sozialdemokratischen Partei machen möchte.
3. Crin Antonescu, 50 Jahre, seit März 2009 Vorsitzender der Nationalliberalen Partei (PNL). Antonescu ist Geschichts-lehrer, war von 1992 bis 2008 Abgeordneter im Abgeord-netenhaus, von 1997 bis 2000 Minister für Jugend und Sport, seit 2008 Senator und bis zur Bekanntgabe seiner Kandidatur Vizepräsident des Senats. Die Nationalliberalen sind in Rumänien eine traditionell starke Kraft, die in den Parlamentswahlen 2008 21,4 Prozent der Stimmen errin-gen konnte.

4. Sorin Oprescu, 58 Jahre alt, Oberbürgermeister von Bukarest und unabhängiger Kandidat. Oprescu ist Chirurg und Universitätsprofessor, war von 1992 bis 1993 Berater im Gesundheitsministerium, von 1996 bis 2000 Stadtrat und Vizebürgermeister in Bukarest, von 2000 bis 2008 agierte er als Senator und Vizepräsident der PSD. Oprescu hat im Jahr 2008 die PSD verlassen und gilt trotz seiner Nähe zu dem Ehrenvorsitzenden der Sozialdemokraten, Ion Iliescu, als unabhängiger Kandidat. In Konkurrenz zum von der PSD gestellten Kandidaten hat er die Bürgermeisterwahl in Bukarest gegen den Kandidaten der PD-L, Vasile Blaga, gewonnen.

5. Vadim Tudor, 59 Jahre alt, Vorsitzender der Partei Großrumänien (PRM). Tudor war Anhänger des Ceausescu-Regimes und verherrlichte als Journalist und Dichter den Diktator. Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 schaffte er den Einzug in die Stichwahl gegen Ion Iliescu, dem er aber unterlag. Seine Partei verfehlte bei den Parlamentswahlen 2008 den Einzug ins Parlament. Seit den Europawahlen des Jahres 2009 vertritt Tudor Rumänien im EP.

6. Gigi Becali, 51 Jahre alt, seit 1994 Vorsitzender der Partei Neue Generation (PNG), zählt zu den reichsten Geschäftsmännern Rumäniens und ist Eigentümer des Fußballclubs Steaua Bukarest. Seit 2009 vertritt Becali Rumänien im Europäischen Parlament.

Im ersten Wahlgang konnte der von der regierenden PD-L unterstützte Băsescu mit 32 Prozent das beste Ergebnis vor Mircea Geoana mit 31 Prozent erzielen. Die Sozialdemokraten (PSD) waren in einer Koalition mit der Konservativen Partei (PC) in die Wahl gegangen. Der ebenfalls mit Aussichten auf die zweite Runde angetretene Vertreter der Liberal-Nationalen Partei (PNL) Crin Antonescu wurde mit 20 Prozent der Stimmen Dritter und erreichte damit die höchste jemals von einem PNL-Kandidaten erreichte Stimmenzahl.

Im ersten Wahlgang konnte der von der regierenden PD-L unterstützte Băsescu mit 32 Prozent das beste Ergebnis vor Mircea Geoana mit 31 Prozent erzielen. Die Sozialdemokraten (PSD) waren in einer Koalition mit der Konservativen Partei (PC) in die Wahl gegangen. Der ebenfalls mit Aussichten auf die zweite Runde angetretene Vertreter der Liberal-Nationalen Partei (PNL) Crin Antonescu wurde mit 20 Prozent der Stimmen Dritter und erreichte damit die höchste jemals von einem PNL-Kandidaten erreichte Stimmenzahl. Alle anderen Kandidaten waren weit abgeschlagen. Oprescu konnte seine Stellung als Oberbürgermeister von Bukarest nicht nutzen und erhielt nur drei Prozent der Stimmen. Der Vorsitzende der nationalistischen Großrumänischen Partei (PRM) erreichte fünf Prozent, der ebenfalls im Europäi-

schen Parlament sitzende Vorsitzende der Partei Neue Generation George Becali (PNG) erhielt weniger als zwei Prozent der Stimmen. Bei der Durchführung der Wahlen war es offenbar zu zahlreichen Versuchen der Wahlfälschung gekommen. Laut OSZE wurden dem Innenministerium 1059 Klagen unterbreitet, insgesamt 72 Verstöße gegen das Wahlgesetz wurden festgestellt, insbesondere die mehrfache Abgabe und/oder der Kauf von Stimmen.

Die Wahlbeteiligung von 53 Prozent war geringer als in allen bisherigen Präsidentschaftswahlen seit der Revolution im Jahr 1989. Da keiner der Kandidaten die erforderliche absolute Stimmenmehrheit erreichte, kam es am 6. Dezember zu einer Stichwahl zwischen Băsescu und Geoana.

Das gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen durchgeführte Referendum zur Reduzierung der Zahl der Abgeordneten und zur Einrichtung eines Einkammersystems wurde mit 77 Prozent (Einkammersystem) und 88 Prozent (Reduzierung der Zahl der Abgeordneten) angenommen.

DIE STICHTWAHLEN VOM 6. DEZEMBER 2009

Der Ausgang der am 6. Dezember vorgesehenen Stichwahl war in den Wochen vor dem Wahltermin nicht vorhersehbar. Eine zwischen den beiden Wahlterminen für Realitatea TV von INSOMAR durchgeführte Meinungsumfrage sah zwar einen deutlichen Vorsprung von 54 zu 46 Prozent für den Herausforderer Geoana. Parteiinterne Umfragen ließen aber eher auf ein knappes Ergebnis schließen. Die Ausgangslage für den amtierenden Präsidenten war daher nicht einfach. Geoana konnte nach dem Verlassen der Regierungskoalition aus der Opposition heraus gegen den von der Regierungspartei PD-L unterstützten Băsescu Wahlkampf machen. Angesichts der beschränkten Handlungsfähigkeit der geschäftsführenden Regierung und der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die schwer auf den Schultern der amtierenden Regierung lasteten, verfügte die Opposition über ein gewichtiges Wahlkampfargument, welches ausführlich genutzt wurde.

Die politische Koalition gegen Băsescu festigte sich nach dem ersten Wahlgang. Senatspräsident Geoana hatte direkt nach Veröffentlichung der Exit-Polls der ersten Runde angekündigt, nach den Wahlen eine Regierung mit den Liberalen anzustreben. Crin Antonescu seinerseits hatte die Verweigerung einer Unterstützung für den Kandidaten Traian Băsescu in der zweiten Runde bekannt gemacht.

Die politische Koalition gegen Băsescu festigte sich nach dem ersten Wahlgang. Senatspräsident Geoana hatte direkt nach Veröffentlichung der Exit-Polls der ersten Runde angekündigt, nach den Wahlen eine Regierung mit den Liberalen anzustreben. Crin Antonescu seinerseits hatte die Verweigerung einer Unterstützung für den Kandidaten Traian Băsescu in der zweiten Runde bekannt gemacht.

der Exit-Polls der ersten Runde angekündigt, nach den Wahlen eine Regierung mit den Liberalen anzustreben. Crin Antonescu seinerseits hatte die Verweigerung einer Unterstützung für den Kandidaten Traian Băsescu in der zweiten Runde bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde eine Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Sozialdemokraten bei der Verwirklichung des „Projekts Johannis“ – der Ernennung des Oberbürgermeisters von Sibiu, Klaus Johannis, zum Regierungschef – verkündet. Zu dieser Gruppe gesellten sich zudem der Ungarnverband (wie die PD-L Mitglied der Europäischen Volkspartei) und die Fraktion der Minderheiten.

Staatspräsident Băsescu musste weiter damit rechnen, in der Zeit bis zum 2. Wahlgang gegen die in den Medien veröffentlichte Meinung arbeiten zu müssen, die sich in den vergangenen Monaten immer deutlicher zugunsten der politischen Opposition instrumentalisieren ließen. So steht hinter dem mächtigen Medienkonzern *Intact* Dan Voiculescu, der Gründer der mit der PSD koalierenden Konservativen Partei. Auch der wichtigste Nachrichtensender Realitatea des von Băsescu als Oligarch bezeichneten Geschäftsmannes Sorin Ovidiu Vintu griff einseitig in die politische Meinungsbildung ein. Eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung initiierte Beobachtung der Medienberichterstattung zum Wahlkampf bestätigte diese einseitige Berichterstattung.¹

Geoana konnte zudem die Sympathien einflussreicher Teile der internationalen Gemeinschaft gewinnen. In einem Artikel zum Thema „Geoanas Kampagne: Internationale Kulissen“² schreibt der in Washington lehrende, rumänische Politikexperte Dragos-Paul Aligica, der Kandidat der Sozialdemokraten hätte sowohl die Unterstützung der USA als auch Russlands gehabt. Geoana hatte demnach in seiner Zeit als Botschafter in Washington persönliche Verbindungen aufbauen können, welche er im Kontext der neuen Obama-Administration zu nutzen verstand. Offenbar war dieses auch dem amtierenden Staatspräsidenten Traian Băsescu bewusst, als er sich gegen Ende der Kampagne sehr ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit mit der vorherigen republikanischen Verwaltung aussprach und die Verdienste Bushs für Rumänien lobte.

1 | Vgl. hierzu: www.hotnews.ro/media_in_campanie [5.1.2010].

2 | Dragos-Paul Aligica: Geoanas Kampagne: Internationale Kulissen, in www.Hotnews.ro [9.12.2009].

Ganz offenbar versuchte Geoana sich im Vorfeld der Wahlen im Rahmen von zwei Reisen nach Moskau auch die Unterstützung Russlands zu sichern. Auch in Deutschland blieben viele Beobachter von der Aussicht auf einen deutschstämmigen Premierminister nicht unbeeindruckt.

BASECU GEWINNT KNAPP

Der Wahlkampf bis zur Stichwahl war weniger von politischen Inhalten als vielmehr von Absichtserklärungen genereller Art bestimmt. Geoana (Wahlslogan: Für ein einiges Rumänien) betonte in den beiden Wahlkampfwochen die Bildung einer breiten Koalition um ihn und Klaus Johannis als wichtige Errungenschaft. Băsescu (Wahlslogan: Er kämpft für Dich) versprach den Kampf gegen die Oligarchen und für die Modernisierung des Staates. Drei wichtige Ereignisse trugen zur Meinungsbildung der Bevölkerung und zur Mobilisierung neuer Wähler bei.

Der Wahlkampf bis zur Stichwahl war weniger von politischen Inhalten als vielmehr von Absichtserklärungen genereller Art bestimmt. Geoana (Wahlslogan: Für ein einiges Rumänien) betonte in den beiden Wahlkampfwochen die Bildung einer breiten Koalition um ihn und Klaus Johannis als wichtige Errungenschaft. Băsescu (Wahlslogan: Er kämpft für Dich) versprach den Kampf gegen die Oligarchen und für die Modernisierung des Staates.

1. Aufsehen erregte ein in die Öffentlichkeit gebrachtes Video aus dem Jahr 2004. Es zeigte den damaligen Präsidentschaftskandidaten Traian Băsescu, wie er bei einer Wahlkampfveranstaltung einen Jungen angeblich ins Gesicht schlug. Die Veröffentlichung eines fünf Jahre alten Videos wenige Tage vor der Stichwahl ließ ein politisches Interesse vermuten. Allerdings wurden noch vor dem Wahltag Zweifel an der Authentizität der Aufnahmen bekannt und die Stimmen mehrten sich, die von einer Fälschung sprachen.
2. In Temeswar, wo eine gewalttätig unterdrückte Demonstration gegen das kommunistische Regime im Dezember 1989 das Ende der Ceausescu-Regimes einleitete, trafen sich zum Nationalfeiertag am 1. Dezember die Vertreter der neuen Koalition aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen, Deutschem Forum und einem Flügel der gespalteten Christdemokraten. Sie unterzeichneten dort den „Pakt von Temeswar“, eine Partnerschaft zur Unterstützung der Kandidatur von Mircea Geoana als Präsidenten und von Klaus Johannis als Premierminister. Die als Demonstration der neuen Einheit gedachte Veranstaltung schlug jedoch um in Proteste der dortigen Bevölkerung, in deren Gedächtnis

der opferungsvolle Kampf gegen die Kommunisten noch tief verhaftet war. Rote Fahnen in Temeswar waren für viele Menschen dort noch immer nicht verkraftbar. Tausende Demonstranten protestierten gegen den Pakt, unter anderem mit Plakaten wie: „Sie verkaufen uns den Russen“, „Die Proklamation von Temeswar gehört euch nicht“, „Rumänen gegen die PSD. Wir vergessen und verzeihen nichts“. Später kam es zu Demonstrationen in mehreren Städten wie in Bukarest, Kronstadt und Klausenburg. Die meisten Demonstrationen hatten einen ausgeprägt antikommunistischen Charakter, verbunden mit Anschuldigungen gegen die Sozialdemokraten.

3. Am 2. Dezember traten beide Kandidaten zu einem beinahe dreistündigen Fernsehduell an, welches von mehreren öffentlichen und privaten Fernsehsendern übertragen wurde. Ca. fünf Millionen Fernsehzuschauer verfolgten diese Sendung. Bei einer Wahlbevölkerung von 18 Millionen und einer Wahlbeteiligung von 58 Prozent konnte sich somit beinahe die Hälfte der Wählerschaft nochmals von den Qualitäten der Kandidaten überzeugen. In diesem Aufeinandertreffen wurden die Wahlkampfaussagen nochmals verdichtet vorgetragen. Geoanas zentrale Nachrichten war die aus seiner Sicht schlechte Bilanz der fünfjährigen Präsidentschaft („Korruptestes Land Europas“, „Den Menschen geht es schlecht“) und die Herausstellung der ihn unterstützenden Koalition sowie die Präsentation von Johannis als künftiger Premierminister. Băsescu stellte sich als volksnaher Präsident dar, welcher im Interesse der Rumänen gegen Oligarchen und gegen die nur auf persönliche Vorteile fixierte „politische Klasse“ kämpfe. Dabei konnte er das von ihm initiierte und mit großer Mehrheit angenommene Referendum zur Reduzierung der Zahl der Abgeordneten und zur Einführung eines Einkammersystems für sich nutzen. Hinsichtlich der Bilanz seiner Präsidentschaft gestand Băsescu ein, dass diese nicht nur positiv war. Er stellte die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit des Landes sowie die Bekämpfung der Korruption durch die Schaffung der Antikorruptionsbehörde heraus und betonte, dass Rumänien in seiner Amtszeit der EU beigetreten sei und jetzt mit dem EU-Kommissar für Landwirtschaft einen wichtigen EU-Posten erhalten habe, der zudem mit dem von ihm vorgeschlagenen Kandidaten, Dacian Ciolos, besetzt wurde. Ein Schlüsselmoment der Debatte war die von Băsescu eingebrachte Information,

wonach Geoana am Tage zuvor ein nächtliches Treffen mit Sorin Ovidiu Vantu, einem der von Băsescu als Oligarchen bezeichneten Geschäftsmänner und Eigentümer von Reabilitatea TV, hatte. Băsescu konnte damit vor laufenden Kameras den Vorwurf untermauern, sein Gegenkandidat sei von so genannten Oligarchen innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratischen Partei abhängig.

Am Wahlabend wurden nach Schließung der Wahllokale um 21 Uhr die Wahlprognosen von vier Meinungsforschungsinstituten veröffentlicht. Drei der Institute sahen auf der Basis der Daten von 19 Uhr einen knappen Vorsprung von Geoana, (ein bis drei Prozent), ein Institut sagte einen Gleichstand voraus. Beide Kandidaten erklärten sich daraufhin zum Wahlsieger. Die Wahlprognosen auf der Basis der Daten nach Schließung der Wahllokale ergaben bei drei Instituten einen – allerdings geschrumpften – Vorsprung von Geoana, während ein Institut einen knappen Vorsprung Băsescus vorhersagte. Die Demokratisch-Liberale Partei veröffentlichte noch am Abend das provisorische Ergebnis ihrer parallelen Auszählung, die einen sehr knappen Vorsprung von Băsescu ergab. Die von den Sozialdemokraten durchgeführte parallele Auszählung ergab einen ebenfalls sehr knappen Vorsprung für Geoana. Noch am Wahlabend besuchte der vermeintliche Wahlgewinner Geoana die Parteizentrale der Nationalliberalen und bedankte sich für deren Unterstützung.

Die von der Nationalen Zentralen Wahlbehörde am 7. Dezember 2009 um 8 Uhr morgens veröffentlichten Teilergebnisse nach einer Auszählung von über 95 Prozent der Stimmen zeigten dann aber einen wenn auch knappen Vorsprung für den amtierenden Staatspräsidenten. Dieses Ergebnis verfestigte sich im Laufe des Tages. Angesichts des voraussichtlichen Wahlausgangs kündigte Bürgermeister Klaus Johannis noch am Vormittag des 7. Dezember an, für die Regierungsbildung nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Die Sozialdemokraten vermuteten Wahlbetrug und riefen das Verfassungsgericht an, das eine Neuauszählung der 138.476 als ungültig gewerteten Stimmen verfügte. Nach dieser Nachzählung wurden 2247 Stimmen für gültig erklärt 1169 für Băsescu, 968 für Geoana. Das amtliche Endergebnis ergab folgende Zahlen

Die von der Nationalen Zentralen Wahlbehörde am 7. Dezember 2009 um 8 Uhr morgens veröffentlichten Teilergebnisse nach einer Auszählung von über 95 Prozent der Stimmen zeigten dann aber einen wenn auch knappen Vorsprung für den amtierenden Staatspräsidenten.

	Anzahl	Angabe in Prozent
Eingeschriebene Wähler	18 303 224	
Zahl der abgegebenen Stimmen	10 620 116	58,02
Zahl der annulierten Stimmen	138 476	1,30
Zahl der gültigen Stimmen	10 481 568	98,69
Stimmen für Traian Băsescu	5 275 808	50,33
Stimmen für Mircea Geoana	5 205 760	49,67

Traian Băsescu konnte damit 70.048 Stimmen mehr als sein Herausforderer Mircea Geoana erzielen. Die Analyse des Wählerverhaltens zeigt, dass Băsescu die Wahlen durch die Mobilisierung der Nichtwähler aus dem ersten Durchgang gewinnen konnte. 59 Prozent der Wähler, die im ersten Wahlgang nicht gewählt hatten, wählten im zweiten Wahlgang Băsescu. Demgegenüber hatten zwei Drittel der Wähler der Liberalen aus dem ersten Wahlgang die Wahlempfehlung der PNL für Geoana befolgt. Einen klaren Vorsprung konnte Băsescu in den Wahlbüros im Ausland erzielen. In der Republik Moldau wählten ihn 95 Prozent der Wähler, in Spanien, Kanada, den USA, Griechenland, Frankreich und Italien ca. 80 Prozent, in Deutschland über 71 Prozent. Geoana konnte sein bestes Ergebnis in Weißrussland mit 76 Prozent erzielen, ansonsten lag er nur in Kosovo, Russland und Afghanistan vorne. Zwar wählten nur insgesamt 147.000 im Ausland lebende Rumänen, deren Wahlentscheidung war aber von hoher Bedeutung. Tatsächlich hätte Geoana die Wahlen ohne die Ergebnisse aus den Auslandswahlbüros nur äußerst knapp gewonnen.

ERFOLGREICHE REGIERUNGSBILDUNG IM DEZEMBER

Staatspräsident Băsescu steht damit vor einem weiteren schwierigen Mandat. Zwar konnte er die Präsidentschaftswahl gewinnen, aber nahezu die Hälfte der Wähler stimmte gegen ihn. Bereits kurz nach den Wahlen konnte er aber einen wichtigen Erfolg erzielen. Die Bildung einer neuen Regierung gelang noch vor Jahresende.

Staatspräsident Băsescu steht damit vor einem weiteren schwierigen Mandat. Zwar konnte er die Präsidentschaftswahl gewinnen, aber nahezu die Hälfte der Wähler stimmte gegen ihn. Bereits kurz nach den Wahlen konnte er aber einen wichtigen Erfolg erzielen. Die Bildung einer neuen Regierung gelang noch vor Jahresende. Der vom Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte Liviu Negoita hatte sich vor der Abstimmung im Parlament zurückgezogen, worauf Băsescu den geschäftsführend amtierenden Premier-

minister Emil Boc mit der Regierungsbildung beauftragte. Die Bildung der Regierung gelang, obwohl die Nationalliberalen erneut eine Beteiligung ausschlossen. Der Ungarnverband und die Fraktion der Minderheiten konnten für die Unterstützung der neuen Regierung genauso gewonnen werden wie die Unabhängigen, die nach den Präsidentschaftswahlen weiteren Zulauf aus den Reihen der PSD und der PNL erhalten hatten. Am 23. Dezember 2009 wurde die Regierung Boc mit 276 zu 135 Stimmen von der Versammlung aus Abgeordnetenhaus und Senat bestätigt. Damit konnte Staatspräsident Băsescu nicht nur die Präsidentschaftswahlen gewinnen, sondern auch die Regierungskrise in seinem Sinne lösen.

Für die unterlegenen Sozialdemokraten und die Nationalliberalen wird das Wahlergebnis zu einer Herausforderung für das leitende Personal. Geoana wird seiner sozialdemokratischen, ohnehin nur in Teilen hinter ihm stehenden Partei erklären müssen, wie er die Wahlen trotz der sehr guten Ausgangsbedingungen noch verlieren konnte. Seine Ablösung als Parteivorsitzender ist durchaus wahrscheinlich. In der Nationalliberalen Partei konnte der Vorsitzende Antonescu zwar ein sehr gutes Ergebnis erzielen, die erneute Verweigerung seiner Partei zur Regierungsbeteiligung wird aber von einer einflussreichen Gruppe innerhalb der Partei, zu der auch der ehemalige Vorsitzende und Premierminister Tariceanu zählt, nicht befürwortet. Diese interne Auseinandersetzung dürfte in naher Zukunft zu Verwerfungen innerhalb der PNL führen. Weitere Abwanderungen in das Lager der PD-L oder zu den Unabhängigen sind zu erwarten. Die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen wurde überdies direkt nach den Präsidentschaftswahlen für beendet erklärt.